

Samstag, 13. Februar 2016

Kann noch etwas „geheilt“ werden?

Usingen (bu). Wie erfolgreich ist die Bitte des hessischen Verkehrsministers Tarek Al-Wazir (Grüne) an seinen Kollegen Dobrindt (CSU) im Bundesverkehrsministerium, die angeblich durch einen „Bürofehler“ in der hessischen Straßenbauverwaltung versäumte komplette Anmeldung der Planung für die Usinger Nord-Ost-Umgehung doch noch im so wichtigen Bundesverkehrswegeplan nachträglich unterzubringen? „Ich hoffe, dass uns der Bundesverkehrsminister entgegenkommt und die Nachmeldung akzeptiert. Immerhin ist das Verfahren noch nicht abgeschlossen“, meldete Al-Wazir Ministerium am Donnerstag. Sollte dies nicht gelingen, dürften sich Planung und Bau ins Unendliche verzögern.

Vom Bundesverkehrsministerium in Berlin hat der Usinger Anzeiger auf Nachfrage nach der Möglichkeit der Nachmeldung keine Information bekommen. Und in Wiesbaden? „Wir wir haben noch keine Antwort aus Berlin erhalten“, sagte Wolfgang Harms, Sprecher von Al-Wazir.

Um Schadensbegrenzung und Beruhigung der Öffentlichkeit bemühten sich der CDU-Landtagsabgeordnete Holger Bellino (Neu-Anspach) und der CDU-Wahlkreis-Bundestagsabgeordnete Markus Koob. Sie verweisen auf die Entwicklung. Die Nord-Ost-Umgehung sei wie vereinbart im August 2013 für die Neuauflage des Bundesverkehrswegeplanes vom hessischen Wirtschaftsministerium angemeldet worden. „Dafür haben wir uns eingesetzt und auch nach der Anmeldung – sowohl in Wiesbaden, als auch in Berlin – immer wieder in den politischen Gremien auf die Bedeutung dieser Straße hingewiesen. Deshalb stand eine Anmeldung für den Verkehrswegeplan auch nie infrage.“

Dann habe es in einer „nach geordneten Behörde“ einen Fehler gegeben. Dies sei ärgerlich, „hieraus aber einen Vorwurf gegenüber Abgeordneten abzuleiten, ist jedoch aberwitzig. Anstatt sich im billigen Populismus zu ergehen, wie dies die Kollegin Barth gerne tut, ist es wichtiger, hier alles zu unternehmen, um diesen Fehler einer Behörde zu heilen. Wirklich arbeiten statt verunsichern. Dies tun wir!“

Es handele sich ja nur um einen ersten Planentwurf, der noch nicht veröffentlicht sei und nach seiner Veröffentlichung noch einmal überarbeitet und korrigiert wird. Es gebe ja noch nicht einmal einen veröffentlichten ersten Referentenentwurf.

„Wir haben selbstverständlich, wie auch das zuständige Ministerium, sofort das Fehlen in Wiesbaden und Berlin in den zuständigen Ministerien/ Gremien angezeigt und vor allem die nötige Korrektur gefordert – schließlich war die Umgehung ja angemeldet“, so die CDU-Politiker einmütig.

Das Straßenprojekt soll die Bundesstraßen 456 und 275 verbinden und nördlich um die Stadt herumführen. Wegen vieler Brücken und aufwendiger Lärmschutzmaßnahmen wird der Bau der 5,8 Kilometer langen Strecke auf 37,7 Mio. Euro kalkuliert. Das Planfeststellungsverfahren läuft.